

Unerreichbare Ziele als Programm

Die Klimajugend hat sich wieder in die Schlagzeilen zurückdemonstriert. Nun hält sie sich mit realitätsfernen Forderungen in denselben. Die Jugend halt, ist man geneigt zu denken. Realitätssinn war noch nie ihre Stärke. Es ist das Privileg der Jugend, das Masslose anzustreben. Mir scheint, die Tendenz habe generell zugenommen, sich Ziele zu setzen, von denen man weiss oder wissen müsste, dass sie nicht zu erreichen sind. Auch in Kreisen, die nicht das Privileg der Jugend in Anspruch nehmen können. Von fehlendem Realitätssinn zu Realitätsverweigerung ist es nicht weit.

Nehmen wir die Stadtzürcher Wohnbaupolitik. Gemäss Bericht des Stadtrates entwickelt sich der Stadtzürcher Wohnungsbestand erfreulich: 2016 bis 2019 wurden 9000 neue Wohnungen erstellt, davon 2400 gemeinnützige. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte lautet: Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen am gesamten Mietwohnungsbestand ist in dieser Periode nicht grösser, sondern im Gegenteil minim kleiner geworden. Er ist nämlich von 26,5 auf 26,4 Prozent gesunken.

Halb so wild würde man meinen, Hauptsache es werden Wohnungen gebaut, das Angebot für Wohnungssuchende vergrössert sich. Nicht so in Zürich. Hier hat man sich ja 2011 das Ziel gesetzt, dass bis 2050 der Anteil gemeinnütziger Wohnungen in der Stadt einen Drittel der Mietwohnungen betragen soll. Während man sich landauf, landab über jeden Investor freut, der dazu beiträgt, die Nachfrage nach Wohnraum zu decken, gelten private Bauherren in der Stadt Zürich als Spielverderber. Je mehr sie bauen, umso schwieriger wird es für die Stadt, ihr Ziel zu erreichen.

Vielleicht sollte man sich überlegen, was man wirklich wollte, als man das Ziel formulierte. Ging es um Ideologie im Sinne von ‚Nieder mit dem Privateigentum‘ oder um Erleichterung für Wohnungssuchende? Falls Letzteres, müsste man vielleicht den Mut haben, Gemeinnützigkeit neu zu definieren, anstatt sich an der Kostenmiete festzubeissen. Verstünde man gemeinnützig genereller als ‚dem Gemeinwohl dienend‘, liessen sich auch Private darunter akzeptieren. Gewinn zu verteufeln, privat gewissermassen mit ausbeuterisch gleichzusetzen, führt jedenfalls nicht zum Ziel.

Albert Leiser
Direktor Hauseigentümerverbände Stadt und Kanton Zürich